

Umwelt-, Energie-, Verbraucherpolitik (U)

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>U1 <i>Ortsverein Frankfurt Niederrad (Bezirk Hessen-Süd)</i></p> <p>Pariser Weltklimavertrag</p> <p>Die SPD wird gebeten sich für folgende Ziele einzusetzen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Schifffahrt, Luftverkehr und Rüstungsproduktion für Deutschland und Europa entgegen dem Pariser Weltklimavertrag freiwillig bei den Klimazielen berücksichtigen 	<p>U1 1 <i>Ortsverein Frankfurt Niederrad (Bezirk Hessen-Süd)</i></p> <p>Pariser Weltklimavertrag 5 Überweisung als Material an die SPD-Bundestagsfraktion 10</p>
<p>U2 <i>Landesverband Sachsen</i></p> <p>Verbot von Thermodruckern in Kassensystemen</p> <p>Die SPD setzt sich für ein Verbot von Thermodruckern in Kassensystemen auf europäischer und bundesdeutscher Ebene ein.</p>	<p>U2 15 <i>Landesverband Sachsen</i></p> <p>Verbot von Thermodruckern in Kassensystemen 20 Überweisung an Gruppe der SPD-Abgeordneten im Europäischen Parlament; Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion</p>
<p>U3 <i>Bezirk Hessen-Nord</i></p> <p>Verbot fest eingebauter Leuchtmittel in LED-Lampen</p> <p>Die SPD setzt sich auf allen Ebenen für ein Verbot von LED-Lampen mit festeingebauten Leuchtmitteln ein.</p>	<p>U3 25 <i>Bezirk Hessen-Nord</i></p> <p>Verbot fest eingebauter Leuchtmittel in LED-Lampen 30 Überweisung an Gruppe der SPD-Abgeordneten im Europäischen Parlament; und an SPD-Bundestagsfraktion 35</p>
<p>U4 <i>Bezirk Hessen-Nord</i></p> <p>Monokulturen verhindern</p> <p>Wir fordern, dass sich Deutschland und Europa sukzessive dafür einsetzen, den Anbau von Monokulturen zu verhindern. Dies muss auf der einen Seite innereuropäisch geschehen, auf der anderen Seite müssen Deutschland und Europa sich ihrer Verantwortung bewusst werden und darauf stärker hinwirken, dass keine Regenwälder für Monokulturen (Palmöl, Soja,...) abgeholzt werden. Deutschland darf nicht weiter als Financier der Umweltzerstörung auftreten. Deutschland muss Projekte zur Bewahrung der Umwelt fördern und Produzenten vor Ort zu höheren Standards verpflichten.</p>	<p>U4 40 <i>Bezirk Hessen-Nord</i></p> <p>Monokulturen verhindern 40 Annahme 45</p>
<p>U5 <i>Unterbezirk Kassel-Stadt (Bezirk Hessen-Nord)</i></p> <p>Monokulturen verhindern</p> <p>Die sozialdemokratischen Vertreterinnen und Vertreter in den Parlamenten und Regierungen werden aufgefordert, sich dafür einzusetzen, sukzessive den Anbau von Monokulturen zu verhindern. Dies muss auf der einen Seite im Inland geschehen, auf der anderen Seite muss Deutschland sich seiner Verantwortung bewusst werden und darauf stärker hinwirken, dass keine Regenwälder für Monokulturen (Palmöl, Soja,...) abgeholzt werden. Deutschland darf nicht weiter als Financier der Umweltzerstörung auftreten.</p>	<p>U5 55 <i>Unterbezirk Kassel-Stadt (Bezirk Hessen-Nord)</i></p> <p>Monokulturen verhindern 60 Erledigt durch Annahme U4 65</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 Deutschland muss Projekte zur Bewahrung der Umwelt fördern und Produzenten vor Ort zu höheren Standards verpflichten.</p>	
<p>5 U6 <i>Unterbezirk Hochsauerland (Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i></p> <p>10 Masttierhaltung</p> <p>Der SPD-Bundesparteitag setzt sich für die gesetzgeberische Absenkung der in Masttierhaltung maximal erlaubten Anzahl der Tiere, bei landwirtschaftlicher Haltung im privilegierten Außenbereich gemäß §35 Abs. 1 Nr.4 Bau GB ein.</p> <p>15 Die Masttierhaltung in landwirtschaftlicher Tierhaltung im privilegierten Außenbereich, wird auf ein Maß beschränkt, dass ein gedeihliches Zusammenleben von im Außenbereich wohnenden Menschen und der Landwirtschaft ermöglichen.</p> <p>20 Zu der genannten Masttierhaltung erlässt der Gesetzgeber verbindliche Abstandsflächen und eine Höchstmengen an Masttieren, die als bäuerliche Landwirtschaft eingestuft werden. Die heute erlaubten Höchstmengen sind deutlich zu hoch und sollen auf eine Stückzahl reduziert werden, die auch in der Nähe einer landwirtschaftlichen Betriebsstelle ein weitgehend Immissionsfreies Wohnen ermöglicht. Hierzu sind wissenschaftliche Erkenntnisse zu den Gefahren die durch Lärm-, Geruch- und Keimbelastung entstehen können zu Grunde zu legen .Die Maßnahmen dienen zum Schutz der Bevölkerung, die insbesondere im Einzugsbereich der Masttieranlagen leben.</p> <p>25 Die Lebenswirklichkeit zeigt, dass die ehemals bäuerlich geprägte Landwirtschaft heute immer mehr in die industrierähnliche Großmengenproduktion abgeleitet. Hier ist es erforderlich, dass sämtliche Anlagen oberhalb der neuen Höchstgrenzen einem Genehmigungsverfahren, unter Erstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplanes gem. §12 Bau GB in Verbindung mit §30 Bau GB, unterliegen.</p> <p>30 Dieses Verfahren ist anzuwenden bei neuen Vorhaben und Nutzungsänderungen. Bei der Prüfung der Masttieranlagen gem. §4 BIMSCHG sind neben Staub und Lärm auch Krankheiten erregende Keimentwicklungen zu berücksichtigen.</p> <p>35 Im Zuge der Novellierung der Massentierhaltung soll die bäuerliche, biologische Landwirtschaft besondere Förderung erfahren. Es muss sich wieder lohnen, Vieh und Geflügel biologisch und artgerecht aufzuziehen.</p> <p>45</p>	<p>U6 <i>Unterbezirk Hochsauerland (Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i></p> <p>Masttierhaltung</p> <p>Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion</p>
<p>50 U7 <i>Landesorganisation Hamburg</i></p> <p>Verbot von Glyphosat</p> <p>Die SPD fordert ein Verbot von Glyphosat auf den Feldern der Bundesrepublik Deutschland. Dieses Verbot soll solange Bestand haben, bis eine Unbedenklichkeit von Glyphosat nachgewiesen ist.</p> <p>60</p> <p>65</p>	<p>U7 <i>Landesorganisation Hamburg</i></p> <p>Verbot von Glyphosat</p> <p>Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>U8 <i>Unterbezirk Kassel-Stadt (Bezirk Hessen-Nord)</i> <i>Bezirk Hessen-Nord</i></p> <p>Gemeinsame Agrarpolitik: Umwelt, Klima, Menschen und Tiere schützen</p> <p>Die deutsche Sozialdemokratie soll sich intensiv darum bemühen die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) der Europäischen Union für den Zeitraum ab 2020 so auszurichten, dass die Produktion von Tieren sowie Export von tierischen Produkten massiv verringert wird.</p> <p>Nationale Spielräume sollen unmittelbar genutzt werden.</p>	<p>U8 1 <i>Unterbezirk Kassel-Stadt (Bezirk Hessen-Nord)</i> <i>Bezirk Hessen-Nord</i></p> <p>Gemeinsame Agrarpolitik: Umwelt, Klima, Menschen und Tiere schützen 5</p> <p>In der Fassung der Antragskommission 10</p> <p>Die deutsche Sozialdemokratie soll sich intensiv darum bemühen die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) der Europäischen Union für den Zeitraum ab 2020 so auszurichten, dass die Produktion von Tieren sowie Export von tierischen Produkten (...) im Einklang mit der Nachhaltigkeit in Deutschland steht und nicht zu Lasten der Entwicklungs- und Schwellenländer geht. 15 Nationale Spielräume sollen unmittelbar genutzt werden.</p>
<p>U9 <i>Unterbezirk Kassel-Stadt</i></p> <p>Verbot des Tötens männlicher „Eintagsküken“</p> <p>Wir fordern die Einstellung der Praxis des Tötens männliche „Eintagsküken“ allein aus ökonomischen Gründen. Wir wollen die Eierproduktion aus Umwelt-, Klima und Tierschutzgründen soweit und schnell wie möglich zu reduzieren.</p>	<p>U9 20 <i>Unterbezirk Kassel-Stadt (Bezirk Hessen-Nord)</i></p> <p>Verbot des Tötens männlicher „Eintagsküken“ 25</p> <p>In der Fassung der Antragskommission</p> <p>Wir fordern die Einstellung der Praxis des Tötens männlicher „Eintagsküken“ (...) aus ökonomischen Gründen. (...) 30</p>
<p>U10 <i>Bezirk Hessen-Nord</i></p> <p>Verbot des Tötens männlicher „Eintagsküken“</p> <p>Wir fordern die Einstellung der Praxis des Tötens der männlichen „Eintagsküken“ allein aus ökonomischen Gründen. Es fehlt nach § 1 TierSchG an einem vernünftigen Grund. Insofern ist das Töten männlicher Eintagsküken nach herrschender Meinung, sollte sie weiter fortgesetzt werden, nach § 17 Nr. 1 TierSchG als strafbar zu qualifizieren und verstößt gegen Art. 20a GG, da dieser nicht nur die natürlichen Lebensgrundlagen, sondern auch die Tiere als Mitgeschöpfe schützt. Wir wollen die Eierproduktion aus Umwelt-, Klima und Tierschutzgründen neu strukturieren.</p>	<p>U10 <i>Bezirk Hessen-Nord</i></p> <p>Verbot des Tötens männlicher „Eintagsküken“ 40</p> <p>erledigt durch Annahme von U9 in der Fassung der Antragskommission 45</p>
<p>U11 <i>Bezirk Hessen-Süd</i></p> <p>Milchkrise lösen und die Milcherzeugerpreise nach oben bringen: Für einen fairen Umgang mit den heimischen Milcherzeugern</p> <p>Anstatt im Rahmen immer neuer sog. Milchgipfel offenkundige Scheinlösungen pressewirksam als großen Wurf zu verkaufen, fordern wir Bundesagrarminister Christian Schmidt (CSU) und die</p>	<p>U11 55 <i>Bezirk Hessen-Süd</i></p> <p>Milchkrise lösen und die Milcherzeugerpreise nach oben bringen: Für einen fairen Umgang mit den heimischen Milcherzeugern 60</p> <p>Überweisung als Material an Gruppe der SPD-Abgeordneten im Europäischen Parlament; Überweisung als Material an SPD-Bundestagsfraktion 65</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 Bundesregierung dazu auf, die Ursachen der Milch-Krise anzugehen und damit endlich eine dauerhafte Problemlösung zu ermöglichen.</p> <p>5 Die beim Milchgipfel vorgestellten Maßnahmen zur weiteren Zuschussung der Unfallversicherung, der Installierung eines Bürgerschaftsprogramms und Möglichkeiten zur Steuerglättung für die Milchbauern sind nicht ausreichend. Die Instrumente sind ungeeignet die Krise auf dem Milchmarkt zu beenden, die zu einer Vernichtung von Einkommen und Existenzen der Milchviehhalter in</p> <p>10 Deutschland führen.</p> <p>Das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft muss dafür sorgen, dass die Beschlüsse der Frühjahrskonferenz der Agrarminister aus Göhren-Lebbin umgehend und umfassend auf nationaler und europäischer Ebene umgesetzt werden. Dadurch sollen</p> <p>15 die Marktbeteiligten die Möglichkeit erhalten, die Milchmenge eigenverantwortlich zu reduzieren. Unterstützt werden soll dies mit staatlichen Bonuszahlungen.</p> <p>Der Bund wird aufgefordert, die Finanzmittel dafür bereitzustellen bzw. diese auf EU-Ebene einzuwerben. Auch eine entschädigungslose Mengenreduzierung nach Artikel 221 GMO (EU-Verordnung über eine Gemeinsame Marktorganisation) mit staatlichen Sanktionen soll folgen, wenn diese freiwilligen Maßnahmen keine spürbare Marktentlastung bringen.</p> <p>20 Es muss gelingen, die Milchmengen auf der Ebene der Europäischen Union zu reduzieren, damit sich der Markt erholen kann und die Erzeugerpreise auf ein angemessenes Niveau ansteigen können. Dazu sehen wir die Notwendigkeit europäischer Lösungen, denn nur diese versprechen die nötige globale Wirkung.</p> <p>25 Oberste Priorität muss die Verbesserung der Liquidität der Betriebe haben. Diese ist nur über einen Anstieg des Milchpreises möglich. Genau hier muss angesetzt werden.</p> <p>Als Sofortmaßnahmen zur Stabilisierung des europäischen Milchmarktes fordern wir von Bundesminister Christian Schmidt (CSU):</p> <p>35</p> <ul style="list-style-type: none"> • sich in Brüssel für ein europäisches Anreizprogramm zur zeitlich befristeten, freiwilligen Rückführung der Milchanlieferung einzusetzen. • sich dafür einzusetzen, dass dies mit einer zeitlich befristeten Deckelung der EU-Milchproduktion verbunden wird. Die rechtliche Grundlage dafür ist in Artikel 221 der Gemeinsamen Marktordnung (GMO) schon geschaffen. Damit wird die Marktwirksamkeit der zeitlich befristeten, freiwilligen Rückführung gewährleistet bzw. verstärkt. 45 • umgehend die rechtlichen und vor allem die organisatorischen Schritte für die Umsetzung einer freiwilligen Rückführung der Milchanlieferung zu erarbeiten. 	
<p>50 U12 <i>Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen</i></p> <p>Sparen ja – aber sinnvoll: Keine staatlichen Mittel ohne Transparenz bei der Energiebilanz</p> <p>55</p> <p>60 Ein zentrales energiepolitisches Ziel ist, Energie zu sparen und damit den Ausstoß von CO₂ zu begrenzen. Die Einsparpotentiale müssen genutzt und weitere Anreize geschaffen werden. Hierfür sind umfassende und transparente Energiebilanzen erforderlich.</p> <p>65 Beispielsweise kann „Energieverbrauch“ bzw. „Energiesparen“ nicht nur auf den Betrieb eines einzelnen Geräts bezogen werden. Auch ist es zu kurz gegriffen, nur den jeweiligen Schadstoffausstoß zu betrachten; Elektro-Autos verbrauchen Rohstoffe bei der</p>	<p>50 U12 <i>Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen</i></p> <p>Sparen ja – aber sinnvoll: Keine staatlichen Mittel ohne Transparenz bei der Energiebilanz</p> <p>In der Fassung der Antragskommission</p> <p>(...)</p> <p>Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, sich für die Erarbeitung umfassender und transparenter Energiebilanzen einzusetzen und ihre Umsetzung durch rechtliche und finanzielle Maßnahmen zu fördern. (...)</p>



Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
Produktion, haben ein höheres Gewicht und verbrauchen mehr Energie. Die Dämmung von Gebäuden soll den Energieverbrauch für Heizung senken, erfordert jedoch Material, das produziert und später entsorgt werden muss.	1
Am deutlichsten zeigte sich diese Problematik bei der „Abwrackprämie“: Durch sparsamere Autos sollte Energie gespart werden – dafür wurden funktionierende Fahrzeuge verschrottet, die Produktion wurde gesteigert, Energie und Rohstoffe wurden verbraucht.	5
Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, sich für die Erarbeitung umfassender und transparenter Energiebilanzen einzusetzen und ihre Umsetzung durch rechtliche und finanzielle Maßnahmen zu fördern. Dazu gehört:	10
Energiebilanzen zu berechnen unter Einbeziehung von <ul style="list-style-type: none"> • Rohstoffen • Produktionsprozessen • Transport • Recycling 	15
Produktion technischer Geräte zu optimieren unter den Gesichtspunkten <ul style="list-style-type: none"> • Recycling • Rohstoffverbrauch • Energieverbrauch • Transportaufwand • Reparaturfreundlichkeit 	20
Bewusstsein zu bilden für den sparsamen Umgang mit Ressourcen durch <ul style="list-style-type: none"> • Bildungseinrichtungen • Medien • Werbung 	30
U13	35
<i>Bezirksverband Unterfranken (Landesverband Bayern)</i>	<i>Bezirksverband Unterfranken (Landesverband Bayern)</i>
Definierter, stufenweiser Ausstieg aus der Braunkohle-Verstromung/Abbau	Definierter, stufenweiser Ausstieg aus der Braunkohle-Verstromung/Abbau
Wir fordern:	Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion
1. einen kurzfristigen Beginn eines ambitionierten, definierten und stufenweisen Ausstiegs aus der Braunkohle-Verstromung mit eindeutigen, klaren und verbindlichen Vorgaben wegen Planungssicherheit für die Energiewirtschaft und die betroffenen Regionen.	45
2. Die für 2018 vom Umweltministerium geplante Kommission muss kurzfristigst, Anfang dernächsten Legislaturperiode eingesetzt werden und ihre Arbeit aufnehmen mit einem verbindlichen Zieltermin – Start- und Endtermin der Kommissionsarbeit.	50
3. Die geplante Vorgehensweise der Kommission muss umgedreht werden: Zuerst muss der stufenweise Ausstieg / Reduzierung aus der Braunkohle-Verstromung und des Braunkohleabbaus bezüglich der Termine für die einzelnen betroffenen Anlagen verbindlich festgelegt werden und dann die Folgen / Veränderungen für den sich daraus ergebenden Strukturwandel in den Kohlerevieren und dessen Finanzierung geplant werden.	55
4. Die oben beschriebenen Maßnahmen müssen zwingend in den Klimaschutzplan 2030 und 2050 ergänzend mit aufgenommen werden.	60
	65

U14
*Bezirk Hessen-Nord***Förderung der Erneuerbaren Energien**

Auf der UN-Klimakonferenz in Paris im Dezember 2015 hat die Weltgemeinschaft beschlossen, die Treibhausgas-Emissionen stark zu verringern. Dazu ist der forcierte Ausbau der Erneuerbaren Energien (EE) erforderlich. Wir fordern eine entsprechende Novelle des Erneuerbaren Energien Gesetzes.

1. Keine planwirtschaftliche Deckelung des Ausbaus der EE.
2. Kein Ausschreibungsverfahren für Windenergie-, Biogas-, Wasserkraft- und Solaranlagen.
3. Förderung, Planung und Ausbau von Energie-Speicher-Systemen, insbesondere der „Power-to-Gas“-Technologie und entsprechender Gaskraftwerke.
4. Der Bau von Mega-Strom-Autobahnen (Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragung) von Nord- nach Süddeutschland wird abgelehnt, da diese die Stromversorgung Süddeutschlands mit Erneuerbarem Strom nicht sicherstellen können. Stattdessen benötigt Deutschland den Ausbau des Strom-Netzes und den Ausbau der dezentralen Energie-Erzeugung und -Speicherung.
5. Einführung der Möglichkeit der Mieter- und Eigentümer-Direktvermarktung von Erneuerbarem Strom ohne Belastung mit der EEG-Umlage. Entwicklung und Förderung praktikabler Konzepte zur Direktvermarktung.

U15
*Unterbezirk Kassel-Stadt (Bezirk Hessen-Nord)***Glück Auf, Bürger*innenenergie**

Nur durch einen schnellen Ausstieg aus der Verstromung von Stein- und Braunkohle und den forcierten Ausbau der Erneuerbaren Energien können die von Deutschland auf dem Klimagipfel in Paris gemachten Zusagen zur Reduktion des CO₂-Ausstoßes erreicht werden. Klimaschutz zur Sicherung natürlicher Lebensgrundlagen auf dem gesamten Erdball, für uns und für künftige Generationen ist heute eine zentrale Frage von Solidarität und sozialer Gerechtigkeit und zählt damit zu den Grundwerten sozialdemokratischer Politik.

- Wir sprechen uns strikt gegen eine Deckelung des Ausbaus Erneuerbarer Energien aus. Wir fordern massive Anstrengungen und günstige Rahmenbedingungen für einen forcierten dezentralen Ausbau sowie notwendige Investitionen in Verteilnetze.
- Wir lehnen Ausschreibungs-Vergabe-Systeme für Erneuerbare-Energien-Anlagen ab. Für den Fall eines Umstiegs auf Ausschreibungs-Vergabe-Systeme, muss die nach EU-Recht maximal mögliche Bagatellgrenze für eine Befreiung von der Ausschreibungspflicht von der Bundesregierung genutzt werden
- Es bedarf schnellstmöglich einer Lösung, die Speichersysteme und Biogasanlagen in virtuellen Kraftwerken wirtschaftlich als regionalen Grünstrom vermarktungsfähig macht
- Wir lehnen den aktuellen Vorschlag zur Beschränkung des Ausbaus Erneuerbarer Energien in Netzengpassregionen ab. Würde die Bundesnetzagentur Hessen entsprechend einordnen, könnte der Ausbau von Windenergieanlagen auf 58 % des gedeckelten Ausbaus reduziert werden. Gerade in Nordhessen würde der weitere Ausbau durch eine solche Regelung quasi auf null gesenkt, obwohl nachweislich keine Netzengpässe auf den entsprechenden Ebenen vorliegen.
- Wir lehnen eine einmalige Sonderdegression bei der Einspeisevergütung ab. Diese ist als Eingriff in den Bestandsschutz unzulässig und schädigt massiv das Vertrauen in die sozialdemokratisch zu verantwortende Energiepolitik.

U14
*Bezirk Hessen-Nord***Förderung der Erneuerbaren Energien**

Ablehnung

U15
*Unterbezirk Kassel-Stadt (Bezirk Hessen-Nord)***Glück Auf, Bürger*innenenergie**

Ablehnung

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>U16 <i>Bezirk Hessen-Nord</i></p> <p>Glück Auf, Bürgerenergie!</p> <p>Nur durch einen schnellen Ausstieg aus der Verstromung von Stein- und Braunkohle und den forcierten Ausbau der Erneuerbaren Energien können die von Deutschland auf dem Klimagipfel in Paris gemachten Zusagen zur CO² – Reduzierung erreicht werden. Klimaschutz zur Sicherung natürlicher Lebensgrundlagen auf dem gesamten Erdball, für uns und künftige Generationen ist heute eine zentrale Frage von Solidarität und sozialer Gerechtigkeit und zählt damit zu den Grundwerten sozialdemokratischer Politik.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Wir sprechen uns strikt gegen eine Deckelung des Ausbaus Erneuerbarer Energien aus. Wir fordern massive Anstrengungen und günstige Rahmenbedingungen für einen forcierten dezentralen Ausbau sowie notwendige Investitionen in Verteilnetze. • Wir lehnen Ausschreibungs-Vergabe-Systeme für Erneuerbare-Energien-Anlagen ab. Für den Fall eines Umstiegs auf Ausschreibungs-Vergabe-Systeme, muss die nach EU-Recht maximal mögliche Bagatellgrenze für eine Befreiung von der Ausschreibungspflicht von der Bundesregierung genutzt werden. • Es bedarf schnellstmöglich einer Lösung, die Speichersysteme und Biogasanlagen in virtuellen Kraftwerken wirtschaftlich als regionalen Grünstrom vermarktungsfähig macht. • Wir lehnen den aktuellen Vorschlag zur Beschränkung des Ausbaus Erneuerbarer Energien in Netzengpassregionen ab. Würde die Bundesnetzagentur Hessen entsprechend einordnen, könnte der Ausbau von Windenergieanlagen auf 58 % des gedeckelten Ausbaus reduziert werden. Gerade in Nordhessen würde der schwache Ausbau weiter verlangsamt, obwohl nachweislich keine Netzengpässe auf den entsprechenden Ebenen vorliegen. • Wir lehnen eine einmalige Sonderdegression bei der Einspeisevergütung ab. Diese ist als Eingriff in den Bestandsschutz unzulässig und schädigt massiv das Vertrauen in die sozialdemokratisch zu verantwortende Energiepolitik. • Der Entwurf zum Mieterstromgesetz erfüllt in keiner Weise das Ziel auch in den Städten möglichst bald 6da Photovoltaik-Anlagen auf die großen Häuser zu bekommen. Damit wird die Chance vertan, den Ausbau der Erneuerbaren Energien-dezentral voranzubringen, Arbeitsplätze und Investitionen zu realisieren. Insbesondere unsinnig sind gesetzliche Regelungen, wie die Ausbaudeckelung, Anforderungen an Abrechnungs-, Mess-, Informations- und Kennzeichnungspflichten sowie die Begrenzung von Mieterstrommodellen auf einzelne Gebäude. Der Strom, der auf großen Häusern gewonnen werden kann, würde i.d.R. sofort verbraucht und müsste nicht woanders hergestellt, transportiert und verteilt werden. 	<p>U16 1 <i>Bezirk Hessen-Nord</i></p> <p>Glück Auf, Bürgerenergie! 5</p> <p>Ablehnung</p> <p>10</p> <p>15</p> <p>20</p> <p>25</p> <p>30</p> <p>35</p> <p>40</p> <p>45</p> <p>50</p>
<p>U17 <i>Bezirk Hessen-Nord</i></p> <p>EEG</p> <p>Wir lehnen die EEG-Novelle 2016 ab und fordern die folgenden Änderungen aufzunehmen:</p> <p>1. Die erneuerbaren Energien haben eine Dimension erreicht, die die Parallelität von neuem Energiesystem und den alten Strukturen unmöglich macht. Deshalb ist ein „Fahrplan“ zu entwickeln, der den gesamten Energiesektor ins Auge fasst. Bei der Weiterentwicklung des EEG ist der Wärme-, bzw. Kälte- Erzeugungsbereich mit zu berücksichtigen. Auch die Elektro-Mobilität im Individual-Verkehr mit den sich daraus ergebenden Verbrauchs- und Speicherstrukturen ist zu berücksichtigen. (Begriff: Sektor-kopplung)</p>	<p>U17 55 <i>Bezirk Hessen-Nord</i></p> <p>EEG</p> <p>Überweisung als Material an SPD-Bundestagsfraktion</p> <p>60</p> <p>65</p>

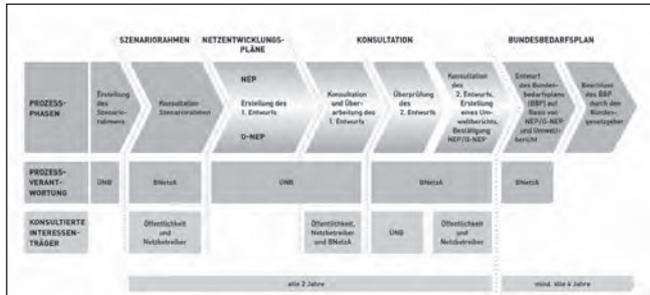
Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 2. Die weiterhin geplante Industrieförderung, die von den kleinen Stromverbrauchern bezahlt wird, ist abzulehnen, denn eine solche Förderung (Senkung der EEG-Umlage für stromintensive Industrien) ist aus Steuermitteln zu finanzieren.</p> <p>5 3. Die geplanten 1,6 Mrd. Euro für die Reserve von stillgelegten alten Braunkohlekraftwerken ist zu streichen, da solche Kraftwerke völlig ungeeignet sind, bei kurzfristigem Strombedarf einzuspringen. Stattdessen ist eine entsprechende Speichertechnologie und der dezentrale Ausbau voranzutreiben.</p> <p>10 4. Der bisher geplante Netzausbau entspricht nicht den Anforderungen einer dezentralen Energieversorgung und ist daher entsprechend zu überarbeiten. Ob in diesem Zusammenhang die riesigen 1 GW-Übertragungsleitungen (HGÜ) notwendig sind, ist zu überprüfen.</p> <p>15 5. Zu mindestens ist die Vorgabe der Europäischen Kommission einer De-minimis-Regelung (max. 18 MW Windpark ohne Ausschreibungsverfahren) in das Gesetz zu übernehmen. Es ist kein Gegenargument, dass dann nur noch Windparks mit 6 Windenergieanlagen a 3 MW (WEA) gebauten würden. Diese Größenordnung entspricht weitgehend den Bedürfnissen der dezentralen Energieversorgung und belastet die Landschaft nicht über die Maßen.</p> <p>20 6. Fotovoltaik- und Biomasse-Ausbau sind wieder stärker zu fördern. Von einer Degression, die in den entsprechenden Industrien schon viele Arbeitsplätze gekostet hat (hier z. B.: bei SMA, Kirchner, Stiens, Viesmann usw.- nur in unserem Bereich) ist für die nächsten Jahre abzusehen. Dies würde auch für diesen Bereich Planungssicherheit bedeuten.</p> <p>25 7. Das Börsenstrom-System zur Ermittlung des Strompreises ist in Frage zu stellen. Durch den volatil auftretenden immer größer werdenden Überschuss an Strom aus regenerativen Quellen sinkt der Börsenstrompreis immer weiter ab. (z. T. schon deutlich unter 3 Ct. pro kWh). Ein Preis zu dem kein Stromerzeuger – auch die großen Energieversorger – Strom herstellen kann.</p> <p>30 8. Zum Einsparen von Energie in allen Bereichen (Strom, Wärme/Kälte <Häuser, Industrie>, Mobilität) sind gesetzliche Zielvorgaben zu entwickeln und in bestimmten Zeitabständen zu überprüfen. Minderverbrauch ist zu fördern. Mehrverbrauch zu sanktionieren. Energie die nicht verbraucht wird muss weder erzeugt, transportiert und (evtl. im Ausland) gekauft werden! Dafür wurden bisher ca. 100 Mrd. Euro jährlich ausgegeben (für Öl, Gas und Kohle).</p> <p>35 40</p>	
<p>45 U18 <i>Bezirk Nord-Niedersachsen</i></p> <p>Den Ausstieg aus der Kohle in Deutschland voranbringen</p> <p>50</p> <p>Die Weltklimakonferenz in Paris hat beschlossen, dass alles getan werden muss, um die weltweite Temperaturerhöhung auf unter 2 K zu halten. Dies ist notwendig, da die Lebensgrundlage vieler Menschen insbesondere in den ärmsten Ländern der Welt durch die Erderwärmung akut bedroht wird. Bürgerkriege, Terrorismus und massive Migration aus den bedrohten Gebieten sind die unmittelbaren Folgen. Der Bürgerkrieg in Syrien ist u.a. auch die Folge einer Dürre, die vom Klimawandel verstärkt wurde.</p> <p>55 60 Das angestrebte Ziel kann nur erreicht werden, wenn weltweit die Verbrennung von Kohle zur Energiegewinnung so schnell wie möglich beendet wird. Deutschland selbst wird seine ambitionierten Ziele zur Senkung der CO₂-Emissionen nicht erreichen, wenn weiterhin an der Verbrennung von Kohle für die Stromerzeugung festgehalten wird. Wir fordern daher:</p> <p>65</p>	<p>U18 <i>Bezirk Nord-Niedersachsen</i></p> <p>Den Ausstieg aus der Kohle in Deutschland voranbringen</p> <p>Erledigt durch Regierungsprogramm, (S. 31, S. 61 f.)</p>



Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<ul style="list-style-type: none"> • Bis Ende 2018 sollen die 8 ältesten Kohlekraftwerke vollständig abgeschaltet werden. Sie sollen auch als Reservekapazität nicht genutzt werden. • Bis 2030 sind alle übrigen Kraftwerke abzuschalten. • Es sollen keine neuen Kohlekraftwerke mehr genehmigt werden. • Als Übergangslösung kann der Bau von hocheffizienten Gaskraftwerken vorgesehen werden. • Die Preise für die Emission von Kohlendioxid (CO₂-Zertifikate) ist deutlich zu erhöhen, um die Wirtschaftlichkeit von Gaskraftwerken zu erhöhen und von Kohlekraftwerken zu senken. • Ein langfristiger Plan zum Ausbau der regenerativen Energiequellen (Wind, Sonne, Wasser, Gezeiten usw.) ist aufzustellen, der die Belange des Industriestandorts berücksichtigt. • Da regenerative Energiequellen nicht entsprechend dem Bedarf liefern, ist die Speichertechnologie planmäßig voranzutreiben und zu fördern. Dazu sind alle denkbaren technischen Lösungen heranzuziehen. <p>Mit einer effektiven Speichertechnologie im Verbund mit vielen dezentralen regenerativen Energiequellen der unterschiedlichsten Art kann die industrielle Zukunft Deutschland auch ohne die Verbrennung von fossilen gesichert werden und es wird gleichzeitig ein signifikanter Beitrag zur Senkung der weltweiten CO₂ Emissionen geleistet.</p>	<p style="text-align: right;">1</p> <p style="text-align: right;">5</p> <p style="text-align: right;">10</p> <p style="text-align: right;">15</p> <p style="text-align: right;">20</p> <p style="text-align: right;">25</p>
<p>U19 <i>Bezirk Nord-Niedersachsen</i></p> <p><i>Die Förderung des Exports von Kohlekraftwerken muss beendet werden</i></p> <p>Um die Ziele des Klimaschutzes zu erreichen, ist eine Senkung der CO₂ Emissionen unumgänglich. Die Verbrennung von Kohle zum Zwecke der Stromerzeugung erzeugt weltweit einen erheblichen Anteil an der klimaschädlichen CO₂ Emission. Es gilt daher möglichst diese Technologie auszusteigen. Deutschland will bei der Energiewende ein Vorbild sein. Es ist daher diesem Ziel nicht förderlich, wenn der Export von Kohlekraftwerken aus Deutschland subventioniert wird, z.B. durch günstige Kredite durch die KfW oder verbilligte Bürgschaften gegen Zahlungsausfälle (Exportkreditversicherung, auch Hermesdeckung genannt). Wir fordern, dass diese Art der Subventionierung sofort beendet wird. Der Export von Kohlekraftwerken soll nicht länger gefördert werden, sondern die Exporteure sollen selber das volle Risiko übernehmen.</p>	<p>U19 <i>Bezirk Nord-Niedersachsen</i></p> <p><i>Die Förderung des Exports von Kohlekraftwerken muss beendet werden</i></p> <p>Ablehnung</p> <p style="text-align: right;">30</p> <p style="text-align: right;">35</p> <p style="text-align: right;">40</p> <p style="text-align: right;">45</p> <p style="text-align: right;">50</p>
<p>U20 <i>Unterbezirk Bottrop (Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i></p> <p><i>Kluge Energiewende - Kein Wettlauf beim Braunkohleausstieg, die Energiewende sozial gestalten!</i></p> <p>Die SPD setzt sich für eine Energiewende, die die Umwelt und die sozialen Belange der Menschen berücksichtigt ein. Ein Wettlauf beim Braunkohleausstieg, der zu betriebsbedingten Kündigungen führt, ist für uns inakzeptabel.</p>	<p>U20 <i>Unterbezirk Bottrop (Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i></p> <p><i>Kluge Energiewende - Kein Wettlauf beim Braunkohleausstieg, die Energiewende sozial gestalten!</i></p> <p>Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion</p> <p style="text-align: right;">55</p> <p style="text-align: right;">60</p> <p style="text-align: right;">65</p>

U21*Unterbezirk Nürnberger Land (Landesverband Bayern)***Netzentwicklungspläne**

Die SPD fordert, dass zukünftig auch unabhängige Wissenschaftler aus dem Bereich Elektrotechnik und Volkswirtschaft und evtl. anderer Disziplinen den Szenariorahmen und den ersten Entwurf des Netzentwicklungsplanes erstellen und nicht nur die Übertragungsnetzbetreiber.

**U22***Ortsverein Coburg-Nordost (Landesverband Bayern)
Kreisverband Coburg Land (Landesverband Bayern)***Energiewende dezentral gestalten und ohne Monstertrassen**

Die SPD setzt sich für eine dezentrale Energiewende ein. Weiteren Monsterstromtrassen erteilen wir auch in Form der Erdverkabelung eine Abfuhr. Zur ggf. notwendigen Stromverteilung in Nord-Süd-Richtung ist vielmehr auf Technologien (z.B. Power to Gas) zurückzugreifen, die keine weiteren massiven Eingriffe in die Natur bedingen. Kohleverstromung ist schrittweise bis zum Jahr 2035 einzustellen um die fortschreitende Erderwärmung einzudämmen.

U23*Ortsverein Coburg-Nordost (Landesverband Bayern)
Kreisverband Coburg Stadt (Landesverband Bayern)***Unternehmen stärker an der Energiewende beteiligen**

Es ist sicherzustellen, dass auch Unternehmen ihren finanziellen Anteil an der Energiewende übernehmen. Befreiungen von der EEG-Umlage für Unternehmen, die immer zu Lasten der privaten Endverbraucher gehen, sind äußerst restriktiv zu erteilen.

U24*Ortsverein Bielefeld-Calvinenfeld (Landesverband Nordrhein-Westfalen)***Abstandsregelung von Windkraftanlagen**

Die SPD fordert eine bundeseinheitliche Regelung zur Aufstellung von Windkraftanlagen auch innerhalb einer 1500m Distanz zu Wohngebieten.

U21*Unterbezirk Nürnberger Land (Landesverband Bayern)***Netzentwicklungspläne**

Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion

U22*Ortsverein Coburg-Nordost
Kreisverband Coburg Land (Landesverband Bayern)***Energiewende dezentral gestalten und ohne Monstertrassen**

Ablehnung

U23*Ortsverein Coburg-Nordost
Kreisverband Coburg Stadt (Landesverband Bayern)***Unternehmen stärker an der Energiewende beteiligen**

Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion

U24*Ortsverein Bielefeld-Calvinenfeld (Landesverband Nordrhein-Westfalen)***Abstandsregelung von Windkraftanlagen**

Ablehnung

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>U25 <i>Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen</i></p> <p>Tafel statt Tonne</p> <p>Pro Jahr werden pro Einwohner ca. 20-30kg Lebensmittel wegge- worfen. Zudem bringt der baldige Ablauf des Mindesthaltbarkeits- datums (MHD) viele Verbraucher dazu, Lebensmittel wegzuwere- fen oder in den Regalen der Supermärkte stehen zu lassen. Und das, obwohl das MHD besonders bei langlebiger Ware nicht von großer Bedeutung ist. Humanitäre Einrichtungen wie Tafeln setzen sich ehrenamtlich dafür ein, dass genießbare Lebensmittel, die aus unterschiedlichen Gründen aus dem Verkauf genommen worden, dennoch für einen guten Zweck verwendet werden. In Zusammen- arbeit mit Großhändlern wird so beispielsweise täglich morgens Lebensmittel für die Tafeln gesammelt. Deshalb fordern wir: Unverkaufte Waren müssen künftig im Idealfall gespendet, min- destens aber kompostiert oder zu Tierfutter verarbeitet werden. Dazu ist ein Gesetz nach französischem Vorbild (Beschluss der Na- tionalversammlung vom Mai 2015) nötig, welches es Supermärkten verbieht, unverkaufte Ware wegzuworfen oder unbrauchbar zu machen. Darüber hinaus sollen Supermärkte dazu angehalten werden, für den neuen Umgang mit Lebensmittel zu werben bzw. Kundinnen und Kunden zu ermutigen gleichfalls verantwortungsvoller mit den Waren umzugehen.</p>	<p>U25 1 <i>Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen</i></p> <p>Tafel statt Tonne 5</p> <p>Überweisung an Gruppe der SPD-Abgeordneten im Europäischen Parlament; Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion 10</p> <p>15</p> <p>20</p> <p>25</p>
<p>U26 <i>Bezirk Hessen-Nord</i></p> <p>Einheitspfand</p> <p>Wir Sozialdemokraten treten für ein einheitliches Pfandsystem für Einweg- sowie ein solches für Mehrweg-Getränkebehältnisse ein.</p>	<p>U26 30 <i>Bezirk Hessen-Nord</i></p> <p>Einheitspfand</p> <p>Ablehnung 35</p>
<p>U27 <i>Bezirk Hessen-Nord</i></p> <p>Deklarationspflicht verschärfen!</p> <p>Die Lebensmittelindustrie versorgt uns mit immer neuen Ideen, die unser Leben leichter machen und den Kochvorgang vereinfachen sollen. Fertiggerichte und andere verarbeitete Produkte ent- halten oft Zusätze wie Aromen und Geschmacksverstärker. Häu- fig sind diese jedoch unter komplizierten Namen verborgen und nicht explizit auf der Verpackung vermerkt, denn nicht alle sind deklarationspflichtig. Neben deklarationspflichtigen Geschmacks- verstärkern, gibt es auch vermeintlich natürliche Zusatzstoffe in Produkten, welche jedoch die gleiche Wirkung erzielen. Hier liegt eine zielgerichtete Täuschung der Verbraucher*innen vor! Deshalb fordern wir:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Eine genaue Prüfung aller bisher nicht deklarationspflichtigen Zusatzstoffe und Aromen auf ihre Wirkung auf die Verbraucher*innen. • Die Kennzeichnung aller geschmacksverstärkenden und geschmacks- verfälschenden Zusatzstoffe und Aromen auf der Ver- packung. • Die Deklaration der Wirkung des Zusatzstoffes und Aromen auf der Verpackung. Dies könnte über einen QR-Code oder Ähnlichem ermöglicht werden. <p>Weiterhin halten wir an der Forderung nach einer Lebensmittelampel fest.</p>	<p>U27 40 <i>Bezirk Hessen-Nord</i></p> <p>Deklarationspflicht verschärfen!</p> <p>Überweisung an Gruppe der SPD-Abgeordneten im Europäischen Parlament; Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion 45</p> <p>50</p> <p>55</p> <p>60</p> <p>65</p>

U28*Landesverband Berlin***Zuckergehalt von Lebensmitteln
transparent gestalten –
Verbraucher*innen nicht weiter blenden!**

Immer mehr Lebensmittelhersteller*innen werben mit zuckerreduzierten, zuckerfreien oder ungesüßten Produkten. Diese Aussagen verwirren nicht nur, sie können auch gefährlich sein, da immer mehr Konsument*innen unter Lebensmittelunverträglichkeiten oder Diabetes melitus leiden.

Die auf Lebensmitteln abgedruckte Nährwerttabelle zeigt einen ungefähren Zuckergehalt an, doch viel verwirrender sind die Zutatenlisten an sich, da es in den Gesetzen nicht genau geregelt ist, auf welche Art Zucker anzugeben ist.

Nach einem Test der Verbraucherzentrale wurden mehr als 70 verschiedene Begriffe, die für Zucker oder andere Süßungsmittel stehen gefunden. So zum Beispiel: Dextrose, Farin, Fruktose, Saccharose, Glukose, Isoglucose, Karamell, Kandis, Laevulose, Maltodextrin, Mannit, Melasse, Sorbit, Xylit um nur einige davon zu nennen.

Aus Sicht der Verbraucherzentralen müssten die unterschiedlichen Zuckerdefinitionen in den Gesetzestexten angeglichen werden, um dieses Verwirrspiel zu beenden. Zudem sollte die Lebensmittelüberwachung Produkte verstärkt auf eine Irreführung durch nährwertbezogene Angaben prüfen und Verstöße konsequent ahnden. Wir fordern:

- Einen transparenten Umgang mit Zucker und Süßmachern, der die Konsument*innen nicht verwirrt, sondern informiert.
- Einheitliche Gesetzestexte, um den Herstellern*innen die Schlupflöcher zu nehmen.
- Eine bessere Überprüfung der Lebensmittel zur Sicherstellung der angegebenen Zutaten.

U29*Bezirk Hannover***Pelz auch als solchen einfach erkennbar
kennzeichnen und bei den Herstellern
entsprechende Kontrollen durchführen**

Die Kennzeichnung, dass tierisches Material für das Kleidungsstück verwendet wurde, muss gut sichtbar und deutlich von den übrigen Hinweisen auf dem Etikett abgehoben sein. Ferner müssen die entsprechenden Stellen viel häufiger und energischer die Umsetzung dieser Hinweispflicht verfolgen.

U30*Themenforum Verbraucherpolitik***Verbindliches Widerrufsrecht beim Kauf
von Apps**

U3 vom a.o. BPT am 25. Juni 2017 an o. BPT im Dezember 2017 überwiesen.

Digitale Güter, wie Apps und Softwares für Smartphones, haben für Verbraucherinnen und Verbraucher den Vorteil, dass sie sehr schnell mit nur wenigen Clicks zu erwerben sind. Trotz dieser Einfachheit und ihrer immateriellen Form handelt es sich bei digitalen

U28*Landesverband Berlin***Zuckergehalt von Lebensmitteln
transparent gestalten –
Verbraucher*innen nicht weiter blenden!**

Annahme

U29*Bezirk Hannover***Pelz auch als solchen einfach erkennbar
kennzeichnen und bei den Herstellern
entsprechende Kontrollen durchführen**

Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion

U30*Themenforum Verbraucherpolitik***Verbindliches Widerrufsrecht beim Kauf
von Apps**

Annahme

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>Gütern um Konsumwaren, für die die im Online-Handel üblichen Verbraucherstandards gelten müssen. Wir stellen fest, dass mit der Umsetzung der EU-Verbraucherrechte-Richtlinie in nationales Recht am 13. Juni 2014 eine Novellierung des Widerrufsrechts erfolgte. Durch eine Ausnahmeregelung für digitale Güter wurden die Rechte von Verbraucherinnen und Verbrauchern eingeschränkt, da Anbieter seitdem die Möglichkeit haben, das Widerrufsrecht zum Beispiel bei einem App-Einkauf unter bestimmten Voraussetzungen auszuschließen. Derzeit laufen in Brüssel die Beratungen zu einer Richtlinie über vertragsrechtliche Aspekte der Bereitstellung digitaler Güter. Hier bietet sich die Möglichkeit, diese Lücke zu schließen. Wir fordern ein verbindliches, einheitliches und vollwertiges Widerrufsrecht für digitale Inhalte und Dienstleistungen. Verbraucherinnen und Verbrauchern soll entsprechend den Regelungen für Fernabsatzverträge grundsätzlich die Möglichkeit eingeräumt werden, eine gekaufte Anwendungssoftware zurückzugeben.</p>	<p>1</p> <p>5</p> <p>10</p> <p>15</p>
<p>U31 <i>Themenforum Verbraucherpolitik</i></p> <p>Unterschiede zwischen Verbrauchergruppen in der Verbraucherpolitik stärker beachten</p> <p><i>U4 vom a.o. BPT am 25. Juni 2017 an o. BPT im Dezember 2017 überwiesen.</i></p> <p>Wir alle, Frauen, Männer, Kinder, Senioren, Geflüchtete oder Migranten, haben als Verbraucherinnen und Verbraucher nicht nur identische Bedürfnisse. Wir fragen auch verschiedene Waren und Dienstleistungen nach. Wir sind auch in unterschiedlichem Grad vulnerabel. Mit der Bildung des Sachverständigenrates für Verbraucherfragen durch das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz wurden die Möglichkeiten erweitert, wissenschaftlich fundiert Probleme von Verbraucherinnen und Verbrauchern aufzuarbeiten und in die politische Diskussion einzubringen. Hierzu dienen vor allem die vom Sachverständigenrat erstatteten Gutachten. Diese sind bislang allerdings stets themenzentriert und nicht auf einzelne Zielgruppen fokussiert. Die sozialdemokratische Bundestagsfraktion wird daher gebeten zu prüfen, wie dem Bundesminister der Justiz und für Verbraucherschutz im Jahr 2017 zusätzlich ermöglicht werden kann, ergänzend zu themenzentrierten Gutachten auch zielgruppenorientierte Gutachten durchführen zu lassen, sei es durch den Sachverständigenrat für Verbraucherfragen oder auf anderem Wege. Dies könnte zunächst exemplarisch insbesondere hinsichtlich Geflüchteter als Verbraucherinnen und Verbraucher geschehen.</p>	<p>U31 <i>Themenforum Verbraucherpolitik</i></p> <p>Unterschiede zwischen Verbrauchergruppen in der Verbraucherpolitik stärker beachten</p> <p>In der Fassung der Antragskommission</p> <p>20</p> <p>25</p> <p>30</p> <p>35</p> <p>40</p> <p>45</p> <p>50</p>
<p>U32 <i>Bezirk Braunschweig</i></p> <p>Trassenführung der geplanten HGÜ Leitung (Suedlink)</p> <p><i>U13 vom a.o. BPT am 25. Juni 2017 an o. BPT im Dezember 2017 überwiesen.</i></p> <p>Die Bundesnetzagentur als Fachplanungsbehörde und als Planfeststellungsbehörde wird aufgefordert, im Zuge der Findung des Trassenkorridors darauf hinzuwirken, dass das Gebiet der Gemeinde Burgdorf nicht unverhältnismäßig belastet wird.</p>	<p>U32 <i>Bezirk Braunschweig</i></p> <p>Trassenführung der geplanten HGÜ Leitung (Suedlink)</p> <p>Ablehnung</p> <p>55</p> <p>60</p> <p>65</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 U33 <i>020 Kreis Friedrichshain-Kreuzberg (Landesverband Berlin)</i></p> <p>5 Öffentlicher Trinkwasserzugang</p> <p>Wir fordern, dass an öffentlichen Plätzen Trinkwasserspender zu installieren sind. Die Anzahl der Trinkwasserspender richtet sich nach der Einwohner*innenzahl einer Stadt sowie der Frequentie- 10 rung eines Platzes und wird von Städteplaner*innen generell bei der Neugestaltung von Plätzen berücksichtigt. Wir unterstützen die Initiative des Abgeordnetenhauses von Berlin „Berlin wird Blue Community“.</p> <p>Des Weiteren fordern wir, dass Gastronomiebetriebe dazu ver- pflichtet werden, auf Anfrage kostenloses Trinkwasser (Leitungs- 15 wasser in haushaltsüblicher Menge) zur Verfügung zu stellen.</p> <p>20</p> <p>25</p> <p>30</p> <p>35</p> <p>40</p> <p>45</p> <p>50</p> <p>55</p> <p>60</p> <p>65</p>	<p>U33 <i>020 Kreis Friedrichshain-Kreuzberg (Landesverband Berlin)</i></p> <p>Öffentlicher Trinkwasserzugang</p> <p>Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion; Überweisung an SPD-Landtagsfraktionen und SPD-Landesregie- rungen</p>